

INHALT

EINLEITUNG	9
Thematik	9
Fragestellungen	11
Methodische und zeitliche Eingrenzung	12
Literatur und Quellen	15
Aufbau der Arbeit	22
1. NS-STRAFVERFOLGUNG DURCH ALLIIERTE UND DEUTSCHE GERICHTE VON 1945 BIS 1949	24
1.1 Alliierte Gesetzgebung und die Frage der deutschen Beteiligung	24
1.2 Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess und alliierte Strafverfolgung in den vier Besatzungszonen	26
1.3 Rückwirkungen der Entnazifizierungspolitik auf die westzonale Strafverfolgung	32
1.4 Probleme bei der Durchsetzung alliierter Strafnormen in den westlichen Besatzungszonen	40
1.5 Politische Instrumentalisierung der NS-Strafverfolgung in der SBZ	43
1.6 Von der interzonalen Rechtshilfe zur vergangenheitspolitischen Blockkonfrontation	48
2. »BEWÄLTIGUNG DER FRÜHEN BEWÄLTIGUNG« IN DER BUNDESREPUBLIK	50
2.1 Politische Auseinandersetzungen um die »Kriegsverbrecherfrage«	50
2.2 Auswirkungen der Amnestiegesetzgebung	59
3. KONSEQUENTE VERWIRKLICHUNG DES »GEISTES VON POTSDAM«? AMNESTIEN, SCHEINJUSTIZ UND OPERATIVE MASSNAHMEN IN DER FRÜHEN ÄRA ULBRICHT	63
3.1 Amnestie- und Integrationspolitik als Mittel gesellschaftlicher Transformation	63
3.2 Symbolischer Abschluß der NS-Strafverfolgung mit Schau- und Geheimprozessen	68

4.	»KEINE ZWEITE ENTNAZIFIZIERUNG ...«. DIE NS-BELASTETE BUNDESDEUTSCHE JUSTIZ ALS GEGENSTAND DER VERGANGENHEITSPOLITISCHEN SYSTEMKONFRONTATION	76
4.1	Auftakt zur DDR-Kampagnenpolitik: Die Propagandaaktion gegen »Adenauers Blutrichter«	76
4.2	Neubestimmung der kriminalpolitischen Prioritäten: Die Gründung der Ludwigsburger Vorermittlungsstelle	82
4.3	Verständigungsprobleme zwischen Bund und Ländern	93
4.4	Verspäteter Umschwung in der öffentlichen Meinung: Das Ausstellungsprojekt »Ungesühnte Nazijustiz«	101
5.	KURSWECHSEL BEIM UMGANG MIT NS-BELASTETEN JURISTEN: VON DER »STILLEN« ZUR »POLITISCHEN« LÖSUNG	109
5.1	Die DDR-Organen machen mobil: Ostdeutsche Staatsanwälte in westdeutschen Amtsstuben	110
5.2	Halbamtliche Kontakte zwischen Ludwigsburg und Warschau ..	114
5.3	Pragmatische Minimallösung auf Kosten der Rechtskultur: § 116 des Deutschen Richtergesetzes	118
5.4	Spätfolgen der halbherzigen Aufarbeitung: Die Skandalisierung der Justizvergangenheit	130
6.	»DAS ADENAUER-REGIME AUF DIE ANKLAGEBANK SETZEN...«: FORCIERUNG DER SED-KAMPAGNENPOLITIK IM VORFELD DES MAUERBAUS	141
6.1	Vorbereitung eines Schauprozesses gegen Theodor Oberländer ..	141
6.2	Die SED-Begleitkampagne zum Jerusalemer Eichmann-Prozeß ..	151
6.3	Kauls Vorstoß für eine zentrale Dokumentations- und Justizstelle	158
7.	KURSWECHSEL BEI DEN RECHTSHILFEBEZIEHUNGEN MIT DER DDR UND DEN OSTBLOCKSTAATEN	161
7.1	Tendenzen der bundesdeutschen NS-Strafverfolgung bis 1965 ..	161
7.2	Die Arbeitstagung der NS-Strafverfolger in Calw	166
7.3	Der Vorstoß der West-Berliner Justiz im RSHA-Komplex	170
8.	POLITISCHE KONTROVERSEN ÜBER DIE NS-STRAFVERFOLGUNG IM ZEICHEN DER VERJÄHRUNGSFRAGE	180
8.1	Bundesdeutsche Beratungen über die Aufnahme von Rechtskontakten zu DDR-Behörden	180

8.2	Juristische Kontroversen über die Verjährungsfrage	187
8.3	Wachsende Kritik am Verjährungsbeschluß	192
8.4	Tauziehen um das Projekt einer deutsch-deutschen Justizkommission	201
9.	DER KAMPF UM DIE NS-AKTEN: DIE AKTION »KONZENTRATION« ..	209
9.1	»Den Einfluß der operativen Organe verstärken...«. Absprachen zwischen deutschen und polnischen Sicherheitsorganen	209
9.2	Verteidigung des Aktenmonopols in Polen	215
9.3	Vertragliche Sicherung der »deutsch-polnischen Sicherheitspartnerschaft«	222
10.	FORCIERUNG DER NS-STRAFVERFOLGUNG NACH AUFHEBUNG DES KONTAKTVERBOTS	225
10.1	Die erste Polenreise der Ludwigsburger Strafverfolger	225
10.2	Kompromiß in der Verjährungsfrage	229
11.	»DEN JUSTIZIELLEN KAMPF FORTSETZEN ... ». DIE EINFLUSSNAHME DER SED AUF DEN ERSTEN FRANKFURTER AUSCHWITZ-PROZESS 1963-1965	236
11.1	Auftakt zur organisierten DDR-Nebenklagevertretung	236
11.2	Die zweite Prozeßphase	244
11.3	Ideologische versus juristische Beweisführung	248
11.4	»...Die weitestgehenden Möglichkeiten der Einflußnahme«. Schlußfolgerungen aus der ersten DDR-Nebenklage- vertretung	251
12.	NS-PROZESSE ALS BÜHNE GESCHICHTSPOLITISCHER LEGITIMATIONSVERSUCHE	258
12.1	Zur Vorgeschichte des Frankfurter »Diplomaten-Prozesses« ...	258
12.2	»Ich war nie Antisemit«. Der Beginn des Prozesses	264
	Exkurs: Das unterschiedliche Schicksal der neu- und altbulgarischen Juden	265
12.3	Strategie von Anklage und Verteidigung	269
12.4	»Man merkte, daß etwas nicht stimmte«. Die Vernehmung des Zeugen Kurt Georg Kiesinger	272
12.5	Kaul als Prozeßbeauftragter der Volksrepublik Bulgarien	278

13. PRÜFSTEIN FÜR DIE DEUTSCH-DEUTSCHEN RECHTSBEZIEHUNGEN: DER WEST-BERLINER RSHA-KOMPLEX	287
13.1 Rechtspolitische Rahmenbedingungen der RSHA- Ermittlungen	287
13.2 Die zweite Phase des Rechtshilfevorgangs	292
13.3 »Kalte Amnestie« für Schreibtischtäter	301
13.4 Initiative der Opferverbände im Berliner Judenmord-Prozeß . .	306
14. OPERATIVE BEOBACHTUNG ALS ERSATZ FÜR STRAFVERFOLGUNG? RÜCKWIRKUNGEN DER VERGANGENHEITSPOLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG AUF DIE NS-ERMITTLUNGEN IN DER DDR . .	314
14.1 Bearbeitung von NS-Sachen durch die Organe der »Staatssicherheitsjustiz«	315
14.2 »Rechtshilfe« nach sozialistischem Rechtsverständnis	317
14.3 »Politisch-operative« Zielsetzungen im Umgang mit DDR-Tatverdächtigen	323
Exkurs: Der Umgang mit den »Euthanasie«-Ärzten – ein Fallbeispiel	326
SCHLUSS: DIE AUSWIRKUNGEN DES SYSTEMKONFLIKTES AUF DEN UMGANG BEIDER DEUTSCHER STAATEN MIT NS-UNRECHT	333
ANMERKUNGEN	357
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	480
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	504
DANKSAGUNG	507
PERSONENVERZEICHNIS	509